Mülheim
an der Ruhr
Stadt am Fluss

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion Bürgerlicher Aufbruch Mülheim an der Ruhr (BAMH)

Nr.: A 20/0058-01

Status: öffentlich

Datum: 16.01.2020

NRW Landesregierung in die Pflicht nehmen - Flüchtlingskosten übernehmen

Antrag der BAMH-Fraktion

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
Ö	10.02.2020	Finanzausschuss
Ö	13.02.2020	Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Mülheim fordert die NRW-Landesregierung auf,

die Kosten für geduldete Flüchtlinge komplett und dauerhaft zu erstatten. Die dafür erforderlichen rechtlichen Änderungen sind unverzüglich umzusetzen.

Sachverhalt:

Das Land NRW übernimmt für geduldete Flüchtlinge die Kosten nur für einen Zeitraum von drei Monaten. Danach fallen die Kosten den Kommunen anheim.

Nach Angaben der Landesregierung sind die Kosten für Flüchtlinge, die das Land zu tragen hat, gefallen. Auch deshalb gibt es den notwendigen finanzpolitischen Spielraum. Gerade die finanziell überlasteten Ruhrgebietskommunen brauchen die Unterstützung des Landes in diesem Bereich dringend. Bayern ist auch hier mit gutem Beispiel vorangegangen und übernimmt die Kosten für geduldete Flüchtlinge komplett. NRW sollte dem folgen.

Jochen Hartmann

Fraktionsvorsitzender